

Im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen in Bayern am 3.März 2002 hat die Plattform gegen Atomgefahren an die Landrats-Kandidaten/Innen im Landkreis Passau

- ✓ Landrat Hanns Dorfner (CSU)
- ✓ Dr. Günther Kohlbacher (SPD)
- ✓ Anita Hofbauer (ÖDP)
- ✓ Eike Hallitzky (Bündnis 90/Grüne)
- Brandl
- Schmidt (FDP)

folgende fünf Fragen gestellt. Die Antworten der Kandidaten/Innen sind jeweils angefügt.
(Die Kandidaten Schmidt und Brandl antworteten nicht.)

1) Sonne, Wind und Wasser statt Atomgefahr. Werden Sie die Möglichkeiten der alternativen Energien in Ihrem Landkreis gezielt fördern? Wenn ja, nennen Sie bitte konkrete Beispiele!

Dorfner: (CSU)

Die Förderung alternativer Energien ist mir ein wichtiges Anliegen und wird schon seit vielen Jahren vom Landkreis unterstützt.

- Aktion „Solar? Sonnenklar“,
- die Energieanstoßberatung über die Kaminkehrermeister, bei der der Landkreis 2/3 der Kosten trägt
- darüber hinaus werden im Haushalt in Zukunft 50.000 € für Energieeinsparmaßnahmen und für den Einbau erneuerbarer Energien in den Landkreiseinrichtungen zur Verfügung gestellt.
- Umweltberatung durch Herrn Neun
- Agenda 21

Hofbauer: (ÖDP)

- Kündigung der Lieferverträge mit Atom-Strom-Anbietern, neue Lieferverträge nur mit Öko-Strom-Anbietern
- Photovoltaik-Anlagen auf alle geeigneten Landkreis-Gebäude
- gezielte Förderung von regenerativen Energien im landwirtschaftlichen Bereich (Biogas, Biomasse) durch Beratung, Schulungsangebote und finanzielle Unterstützung
- Windkraft-Anlagen an geeigneten Standorten
- Biomasse-Blockheizkraftwerke in allen neuen Baugebieten
- Schaffung eines Energie-Forums zur Information der Bürger und als Plattform für heimische Betriebe

Dr. Kohlbacher: (SPD)

Alternative Energien gezielt fördern heißt zunächst unsere bestehenden Gesetze so zu verändern, dass es mehr Anreize gibt diese Energien zu nutzen. Die Strompreispolitik wirkt einem sinnvollen Einsatz von alternativen Energieträgern entgegen. Hier ist der Gesetzgeber am Zuge und der darf halt nicht CSU heißen.

Ich kann mir bei uns im Landkreis Passau Windkraftanlagen gut vorstellen. Aber nicht nur Windkraft, auch andere erneuerbare Energiequellen können sinnvoll eingesetzt werden.

Hallitzky: (Grüne)

- Selbstverpflichtung des Landkreises, um den Ausstoß des Treibhausgases CO₂ in den nächsten Jahren deutlich zu senken sowie regelmäßige Berichte über die erzielten Fortschritte;
- Erstellung eines Energiekonzepts und die Ausarbeitung von Projekten (z.B. Heizkraftwerke für Landkreisgebäude, Umrüstung von Fahrzeugen);
- verstärktes Energiesparen bei den kreiseigenen Einrichtungen und Gebäuden z.B. durch Energiecontracting oder Fifty-fifty-Vereinbarungen;
- Einsatz für vereinfachte Genehmigungsverfahren für Anlagen mit erneuerbarer Energie, wie z.B. Windkraft.

2) Für Saldenburg und damit für den Bayerischen Wald ist ein atomares Endlager ernsthaft im Gespräch. Wie wollen Sie Saldenburg verhindern?

Hofbauer: (ÖDP)

Die Zerstörung unserer niederbayerischen Heimat durch ein atomares Endlager in Saldenburg muss mit allen Mitteln verhindert werden. Wir werden uns weiterhin bemühen, den Protest der niederbayerischen Bevölkerung wach zu halten und die entsprechenden Bürgerinitiativen zu unterstützen, um den Druck auf die Regierenden zu erhöhen.

Dr. Kohlbacher: (SPD)

Atomare Endlager sind immer dort, wo sie eingerichtet werden sollen, eine Katastrophe. Nur allzu oft herrscht hier das „Floriani-Prinzip“. ... Bin ich betroffen, dann bin ich dagegen ... bin ich nicht betroffen, dann ist es mir wurscht! Als Kommunalpolitiker, als Landrat habe ich keinen unmittelbaren Einfluss auf die Entscheidung, ... aber, genau! Aber, ... mit einer breiten Öffentlichkeit hinter mir können auch Landespolitiker ins Wanken kommen. Es steht außer Frage, dass solch ein Irrsinn verhindert werden muss!

Dorfner: (CSU)

Natürlich will ich kein atomares Endlager in Saldenburg und ich bin versucht zu antworten, wenn Rot-Grün den Standort Gorleben nicht in Frage gestellt hätten, bräuchten wir über diesen Standort gar nicht zu diskutieren. Die Entscheidung wird in erster Linie im Bundestag getroffen, trotzdem werde ich versuchen, mit den auf der Eben des Landkreises zur Verfügung stehenden Mitteln diesen Standort zu verhindern.

Hallitzky: (Grüne)

Die Möglichkeit eines Atommüll-Endlagers im Saldenburger Granit wird aus geologischen aber auch aus politischen Gründen (CSU = Atompartei) möglicherweise noch viele Jahre wie ein Damokles-Schwert über unserer Heimat schweben. Drei Dinge sind vordringlich für eine vorbildliche und glaubwürdige Anti-Atompolitik.

Dazu gehört vor allem

- mein unzweideutiges Bekenntnis zum Atomausstieg, aber auch mein Einsatz zur Förderung regenerativer Energien
- der Beitritt des Landkreises zur Bürgerinitiative gegen ein geplantes Atommüll-Endlager im Saldenburger Granit;
- die Kontaktaufnahme mit dem verantwortlichen AK End im Bundesumweltministerium und ein genaues Verfolgen der weiteren Entwicklung.

3) Wie werden Sie Ihren Einfluss nützen, um sich Temelin entschlossen entgegenzustellen? Werden Sie den Bürgerwiderstand nachhaltig unterstützen?

Dr. Kohlbacher: (SPD)

Wenn sie die Entstehungsgeschichte kennen, dann müssen Sie eingestehen, dass erst dann Proteste laut geworden sind als schon Fakten geschaffen waren. Unserem Nachbarn Tschechien muss auf politischem Wege klar gemacht werden, dass es keinen Sinn macht diesen Meiler zu betreiben. Ein schwieriger Weg, wenn eine Staatskanzlei der Atomkraft Zukunft gibt und gerade mal Temelin zum Abschalten überreden will. Als Kommunalpolitiker kämpfe ich auf der Seite der Bürger!

Hofbauer: (ÖDP)

Zweifelsohne kämpft die ödp von allen Parteien am einfallsreichsten gegen den Risikoreaktor in Temelin. Leider hat die große Mehrheit des Kreistags den ödp-Antrag, die Plattform gegen Atomgefahren bei konkreten Aktionen gegen Temelin finanziell zu unterstützen, abgelehnt. Ich werde es nicht kommentarlos hinnehmen, wenn Politiker der großen Parteien, die auf eine Nachrüstung des Atomkraftwerkes Temelin setzen, am Temelin-Bauzaun Krokodilstränen vergießen, um bei der hiesigen Bevölkerung Punkte zu sammeln. Ein atomarer Unfall im AKW Temelin hätte verheerende Folgen für den Landkreis Passau und für ganz Bayern. Deshalb werden wir alle legalen Mittel ausschöpfen, um den weiteren Betrieb des Gefahrenreaktors zu verhindern.

Dorfner: (CSU)

Seit Anfang an habe ich mich gegen die Inbetriebnahme des KKW Temelin gewehrt. Leider haben wir die entscheidende Unterstützung durch Rot-Grün auf der Bundesebene nicht bekommen. Wenn sich hier auf Bundesebene nichts ändert, ist zu erwarten, dass auch Temelin II in Betrieb geht.

Hallitzky: (Grüne)

Zum Schutz unserer Landkreisbewohner muss das AKW Temelin stillgelegt werden! Als Landrat sehe ich hierin eine zentrale Verpflichtung. Dabei ist es sonnenklar, dass diese Forderung gegenüber unseren tschechischen Nachbarn nur dann glaubwürdig vertreten werden kann, wenn der Landkreis den Ausstieg aus der Atomenergie und die Energiewende nachdrücklich unterstützt.

Darüber hinaus muss der Landkreis

- die "Plattform gegen Temelin" durch seine Mitgliedschaft und auch finanziell unterstützen
- die Stilllegung von Temelin dauerhaft auf die Tagesordnung aller grenzüberschreitenden Aktivitäten setzen;
- über Kontakte z.B. mit dem Erweiterungskommissar Verheugen die bayerische, deutsche und EU-Politik immer wieder zum Handeln auffordern
- einen Katastrophenschutz aufbauen (Jodtabletten!).

4) Wie ist Ihre Haltung zu den oberirdischen atomaren Zwischenlagern Ohu?

Dorfner: (CSU)

Niemand will atomare Zwischenlager, aber nachdem die Kernenergie derzeit und auch mindestens die nächsten 30 Jahre produziert wird, werden atomare Zwischenlager benötigt. Ich halte nichts davon, deshalb die Zwischenlager einfach anderen Gegenden Deutschland zuzuschieben, sondern werde mich dafür einsetzen, dass diese Zwischenlager so sicher wie technisch und menschlich möglich sind.

Hofbauer: (ÖDP)

Die Genehmigung atomarer Zwischenlager stellt für die Atomkraftwerke eine jahrzehntelange Fortbestandsgarantie dar. Das oberirdische Zwischenlager für abgebrannte Kernbrennstäbe in Ohu wird scheinbar völlig ohne Sicherheitsbehälter geplant. Damit würden die dort zur Lagerung vorgesehenen Castor-Behälter einem Kerosinbrand mit Temperaturen um die 600 Grad Celsius lediglich 60 Minuten standhalten können. Deshalb werde ich mich dafür einsetzen, dass der Kreistag in einer Resolution an die Landes- und Bundesregierung fordert, alle Planungen für atomare Zwischenlager ohne Sicherheitshülle einzustellen.

Dr. Kohlbacher: (SPD)

Irgendwo muss das Zeug hin ... da sind wir uns alle einig. Unser Ziel muss es sein, keinen neuen atomaren Schrott zu produzieren. Allein das Wort „Zwischenlager“ beschreibt uns die Hilflosigkeit der Atomindustrie. Aber hier diktieren die Kosten das Geschehen. Wenn der Gesetzgeber die „Auflagen“ strenger macht, dann muss sich die Atomindustrie mehr anstrengen, dann haben alternative Energieformen wieder eine Chance mehr.

Hallitzky: (Grüne)

Ich lehne die Atomenergie ab, jedoch ist der Müll nun mal da. Castortransporte sollten jedoch wegen der damit verbundenen Risiken soweit als möglich verhindert werden. Deshalb akzeptiere ich notgedrungen eine Politik, die die Zwischenlagerung des Atom Mülls an den Kraftwerken vorsieht. Dies ist jedoch an zwei Bedingungen gekoppelt:

- erstens sind die Zwischenlager von ihrer baulichen Art her gegen Flugzeugabstürze zu sichern;
- zweitens sind die Zwischenlager nur in einer maximalen Größe zu genehmigen, wie es dem Atom Müllanfall bei der gegebenen Restlaufzeit entspricht.

5) Unterstützen Sie angesichts der vielfältigen Probleme bei der Atomenergienutzung im Gegensatz zum Kanzlerkandidaten Stoiber, den Ausstieg aus der Atomenergie?

Dr. Kohlbacher: (SPD)

Die rot-grüne Bundesregierung hat den Atomausstieg beschlossen, sicher ... für so manchen dauert das zu lange ... mir wäre ein kürzerer Zeitraum auch genehmer, aber der Wille zum Ausstieg ist da, und das ist für mich ein Zeichen, dass niemand mehr zurück rudern kann!

Dorfner: (CSU)

Zunächst einmal gefällt es mir nicht, dass Sie diese Frage mit Ängsten und Unterstellungen verknüpfen.

Ich könnte es mir auch leicht machen und diese Frage einfach mit „Ja“ beantworten. Dies würde aber bedeuten, dass ich europa- und weltweit die Problem nicht erkenne. Was nützt es denn, wenn der von Rot-Grün beschlossene Atomausstieg dazu führt, dass die weltsichersten Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet werden und dafür unseren Nachbarländern neue Risiken durch Atomkraftwerke wie Temelin entstehen.

Hallitzky: (Grüne)

Ja, und zwar nicht erst am St.Nimmerleinstag, wie es die Vertreter der derzeitigen bayerischen Regierungspartei gerne machen. Der Atomausstieg ist nötig und möglich!

Ich will mich nach Kräften dafür einsetzen.

Hofbauer: (ÖDP)

Ich fordere und unterstütze den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie, weil deren Sicherheit nicht gegeben ist. Bisher wurde stets betont, dass ein Flugzeugabsturz auf diese Anlagen keine Gefahr darstellen würde. Allein die fehlende Entsorgungsnachweise wären Grund genug für eine Abschaltung der laufenden Atomkraftwerke. Die Gefahr von Terroranschlägen, das unzureichende Sicherheitsniveau, das nicht gelöste Atommüll-Problem und die massive Unterversicherung der Atomkraftwerke sind mit Gesetz und Verfassung nicht vereinbar. Deshalb befasst sich die ödp mit einer entsprechenden Klage am Europäischen Gerichtshof. Mit einer adäquaten Erhöhung der Haftpflichtversicherung könnte der Betrieb der Atomkraftwerke unwirtschaftlich werden.